

Argumente für eine ausreichend und nachhaltig finanzierte humanitäre Hilfe:

Kürzungen bei der humanitären Hilfe kosten Menschenleben.

In Krisenregionen wie Gaza, dem Sudan oder der Ukraine sichert humanitäre Hilfe das Überleben von Menschen in Not. Weniger Mittel bedeuten konkret: weniger Nahrung, weniger medizinische Versorgung, weniger Schutz. Der Preis dieser Kürzungen sind Menschenleben.

Was bedeutet das praktisch? Durch die geplanten Kürzungen würden nach konservativen Berechnungen schätzungsweise mindestens 5,5 Millionen den Zugang zu humanitärer Hilfe verlieren. Ein Blick auf die Auswirkungen der USAID-Kürzungen zeigt deren fatale Wirkung: Eine [Studie](#) prognostiziert, dass die Kürzungen bis 2030 weltweit zu mehr als 14 Millionen zusätzlichen Todesfällen führen könnten. Deutschland verschärft mit der Halbierung seines Budgets diese Situation noch.

Zusätzliche Mittel für unvorhergesehene Krisen decken bereits jetzt existierende Bedarfe nicht.

Das Argument, bei unvorhergesehenen Krisen stünden zusätzliche Mittel zur Verfügung, greift zu kurz. Die derzeit geplanten Mittel für unvorhergesehene Krisen decken noch nicht einmal die bereits existierenden Bedarfe.

Was bedeutet das praktisch? Aktuell sind gerade einmal 17 Prozent der für 2025 weltweit benötigten humanitären Mittel finanziert. Für den Bereich geschlechtsspezifische Gewalt sind die weltweiten Bedarfe sogar nur zu elf Prozent finanziert. Damit bleiben 83 Prozent der humanitären Bedarfe bislang ungedeckt, 89 Prozent des Bedarfs bei der Verhinderung, Versorgung und Nachsorge im Bereich geschlechtsspezifische Gewalt bleibt unbeantwortet.

Humanitäre Bedarfe lassen sich nicht auf nächstes Jahr verschieben.

Der Hinweis, dass eine Aufstockung erst im Haushalt 2026 möglich sei bzw. dann erfolgen solle, geht an der Realität vorbei. Menschen in Not können nicht auf nächstes Jahr warten, sie sterben jetzt. Zudem wird die Kürzung der humanitären Mittel auch im Kabinettsentwurf für 2026 fortgeführt.

Wir erwarten, dass der Bundestag von seiner Budgethoheit für beide Haushalte – 2025 und 2026 – Gebrauch macht, um die vorgesehenen Kürzungen zu verhindern und so seiner Verantwortung gerecht wird.

Was bedeutet das praktisch? 2023 verloren in Somalia aufgrund von Überschwemmungen 1,5 Millionen Menschen ihr Zuhause. CARE war sofort vor Ort, um mit sauberem Trinkwasser, Notunterkünften und Hygieneartikeln Not-hilfe zu leisten. Warum das nicht warten konnte? Viele Familien standen buchstäblich im Wasser, ohne Dach über dem Kopf, ohne Zugang zu Wasser oder Nahrung. Krankheiten wie Cholera breiteten sich rasch aus. Hätte CARE erst im nächsten Jahr geholfen, wären unzählige Menschen gestorben oder dauerhaft geschädigt worden.

Humanitäre Mittel können kurzfristig verausgabt werden.

Humanitäre Organisationen verfügen über bewährte Strukturen und Partner, um schnell und effizient auf akute Krisen zu reagieren und kurzfristig Mittel umzusetzen. Bei zusätzlichen Mitteln für unvorhergesehene Krisen ist dies regelmäßig der Fall. Auch wenn diese Mittel derzeit meist über die UN verausgabt werden, ist dies auch direkt über NGOs möglich, beispielsweise über die Aufstockung bestehender Projekte.

Was bedeutet das praktisch? Nach der Eskalation im Libanon 2024 setzte CARE Deutschland im November und Dezember kurzfristig bereitgestellte Gelder des Auswärtigen Amts (AA) im Umfang von 2,8 Millionen Euro im Rahmen eines bestehenden Regionalprojektes um und erreichte damit über 178.000 Menschen im Libanon mit lebensrettender Hilfe. Um das AA dabei zu unterstützen, nach der Verabschiedung des Haushaltes 2025 schnell Mittel verausgaben zu können, haben humanitäre NGOs wie CARE Deutschland in Projektplanungslisten bereits vor Monaten ihre Prioritäten mit dem AA geteilt.

Argumente für eine ausreichend und nachhaltig finanzierte Entwicklungszusammenarbeit:

Kürzungen untergraben Deutschlands Verlässlichkeit als Partner.

Die geplanten, im Vergleich überproportionalen Einschnitte im BMZ-Etat senden ein fatales Signal an Partner im Globalen Süden. Entgegen den öffentlichen Beteuerungen bleibt Deutschland so kein verlässlicher Partner. Deutschland steht in einer besonderen Verantwortung, gerade weil andere internationale Geber wie die USA, Großbritannien und die Niederlande sich zunehmend zurückziehen. Wenn wir unsere Partner im Globalen Süden im Stich lassen, entsteht ein Vakuum, das andere Akteure mit weniger partnerschaftlichen Interessen ausfüllen.

Was bedeutet das praktisch? Seit dem Rückzug der USA und anderer großer Geber von der entwicklungspolitischen Bühne, beobachten Expert:innen, wie sich unter anderem [Russland und China verstärkt als Partner für Länder des Global Südens](#) positionieren. Russland begann kürzlich mit dem Aufbau einer eigenen Organisation für Entwicklungszusammenarbeit und auch [ChinaAid zeigt vermehrte Präsenz](#) und Werbung für ihre Dienste in Afrika.

Durch Bruch internationaler Zusagen steht Deutschlands Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Deutschland hat sich auf der FFD4-Konferenz in Sevilla international erneut zum 0,7-Prozent-Ziel bekannt. Auch im narrativen Teil des Haushaltsentwurf 2026 ist das Ziel verankert. Doch schon 2024 wurde das Ziel verfehlt und die Finanzplanung bis 2029 entfernt sich nun noch weiter davon. Kommunikativ nutzt die Regierung ODA-Mittel des BMZ zur Haushaltskonsolidierung und ignoriert dabei die Bedeutung einer starken eigenständigen Entwicklungszusammenarbeit. Für einen angenommenen schnellen kommunikativen Gewinn riskiert die Bundesregierung internationale Glaubwürdigkeit, ihre gute Verhandlungsposition und verprellt langjährige Partner. Zudem ist das Argument Augenwischerei: das BMZ verwaltet nur knapp die Hälfte aller ODA-Mittel.

Was bedeutet das praktisch? Deutschland ist selbst [größter Empfänger seiner eigenen ODA-Mittel](#), da auch Kosten für Geflüchtete und Studienplatzkosten für Studierende aus dem globalen Süden in Deutschland als ODA-Mittel angerechnet werden. 38 Prozent der ODA-Mittel verlassen damit nie die Bundesrepublik. Weitere Kürzungen beim BMZ würden dazu führen, dass noch weniger Mittel tatsächlich im globalen Süden und in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) ankommen.

Partnerschaftliche zivilgesellschaftliche Arbeit braucht Stabilität und Planungssicherheit.

Der Haushaltsentwurf sieht überproportionale Kürzungen bei zivilgesellschaftlichen Titeln und der Übergangshilfe vor. Auch damit würde Deutschland die ohnehin dramatischen Folgen der Rückzüge anderer Geber weiter verschärfen und deren Auswirkungen verschärfen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie CARE arbeiten seit Jahren verlässlich mit lokalen Partnern. Viele davon sind kleine, frauengeführte Organisationen, die kritische Grundversorgung leisten, etwa für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt. Diese Strukturen sind auf Planungssicherheit angewiesen, Kürzungen gefährden ihre Existenz. Wenn Partner ihre Miete, ihr Personal oder digitale Infrastruktur nicht mehr finanzieren können, brechen Hilfsangebote weg, die sich nicht kurzfristig ersetzen lassen.

Was bedeutet das praktisch? Eine [Studie von UN-Women von März 2025](#) ergab, dass fast die Hälfte der befragten frauengeführten und Frauenrechtsorganisationen aufgrund der globalen Kürzungen vor der kompletten Schließung stehen, fast alle müssen Aktivitäten einstellen. Auch CAREs Partner erleben jetzt schon die Auswirkungen: In Mali, musste eine frauengeführte Organisation 2025 aufgrund erheblicher Budgetkürzungen die Vermittlung von Notunterkünften sowie rechtliche Unterstützung für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) aussetzen. Besonders betroffen waren intern vertriebene Frauen und Mädchen, Überlebende häuslicher Gewalt und junge Mädchen, die vor Zwangsheiraten flohen. Mangels Ressourcen konnten die Organisation weder Schutzunterkünfte bereitstellen noch die oft lebenswichtige Begleitung in juristischen Verfahren gewährleisten. Diese Angebote waren ein Rettungsanker für viele Überlebende in einem von Instabilität und Unsicherheit geprägten Kontext. Ihre Aussetzung hat eine Lücke in der Schutzkette hinterlassen und die Fähigkeit der Organisation geschwächt, eine umfassende, würdige und überlebenszentrierte Hilfe sicherzustellen.

Kürzungen verschärfen globale Krisen und haben einen Boomerangeffekt für Deutschland.

Entwicklungszusammenarbeit wirkt präventiv. Sie stärkt Resilienz, schafft wirtschaftliche und soziale Perspektiven in Herkunftsländern, fördert Bildung, Gesundheit und Gleichberechtigung und trägt zur Bekämpfung des Klimawandels bei. Ihre Schwächung führt zu neuen Unsicherheiten, auch für Europa. Wer heute spart, zahlt morgen den Preis: politisch, wirtschaftlich und humanitär.

Was bedeutet das praktisch? CARE zeigt, wie intersektional arbeitende Entwicklungszusammenarbeit dazu beiträgt, strukturelle Ungleichheiten abzubauen, insbesondere auch die wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen und Mädchen weltweit: Durch das CARE-Projekt [WeAct in Laos](#) verwalten Frauen aus ethnischen Minderheiten erstmals eigenes Geld, treffen selbstbestimmte Entscheidungen und bringen sich aktiv in Gemeindeprozesse ein. Sie investieren in Bildung, Gesundheit, Hygiene und Ernährung ihrer Familien – und stärken so die Widerstandskraft ihrer Gemeinschaften gegen Krankheiten, Armut und die negativen Folgen des Klimawandels, etwa bei Ernteausfällen oder Extremwetter.

Geschieht diese Arbeit für Gleichberechtigung nicht, hat es enorme globale Folgen: Ein [Bericht von CARE](#) zeigt, dass die Angleichung der Einkommen von Männern und Frauen wirtschaftliche Potenziale von bis zu 172 Billionen US-Dollar freisetzen könnte. Würden Frauen weltweit gleichberechtigt erwerbstätig und unternehmerisch aktiv sein, könnte das globale BIP um mehr als 20 Prozent steigen. Wer heute an Investitionen in Gleichstellung spart, verspielt nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch gewaltige ökonomische Chancen.

Entwicklungszusammenarbeit schafft Lebensperspektiven.

Ausreichend finanzierte Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht Menschen, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu führen. Sie ist eine Investition in Bildung, Gesundheit, Demokratie und wirtschaftliche Stabilität und eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der SDG.

Was bedeutet das praktisch? Die [ezidische Hebamme Diyana Joki](#) nahm vor Jahren an einer CARE-Fortbildung teil. Und sie gibt ihr Wissen bis heute weiter. Noch lange nach Projektende berät sie Jugendliche und Erwachsene zu Familienplanung und Selbstbestimmung. Ihre Aufklärungsarbeit trägt messbar dazu bei, Müttersterblichkeit und Frühverheiratung in der Region zu senken. Diyana ist zugleich Multiplikatorin: „Diyana hat uns Wissen vermittelt, das wir vorher nicht kannten. Wir lernen jeden Tag von ihr“, sagt eine Kollegin.

Entwicklungspolitik ist kein entbehrlicher Posten sondern Vorsorge für Sicherheit und Stabilität.

Der BMZ-Etat machte bereits 2024 nur 2,35 Prozent des Bundeshaushalts aus. Dennoch trägt dieser Etat wesentlich dazu bei, fragile Regionen zu stabilisieren, Armut zu bekämpfen, wirtschaftliche Eigenständigkeit zu fördern und Spannungen frühzeitig abzubauen. Dieses bereits geringe Budget darf nicht weiter als eine der Hauptquellen für die Konsolidierung des Haushaltes überproportional gekürzt werden.

Was bedeutet das praktisch? Ohne deutsche Finanzierung hätte CARE im Jemen keine stabilisierende Wirkung entfalten können: Über 1.700 Kleinproduzent:innen erhielten Schulungen und Materialien für nachhaltige Landwirtschaft, fast 1.000 Landwirt:innen verbesserten ihren Zugang zu Märkten und Finanzdiensten, und mehr als 53.000 Menschen – vor allem Frauen und Kinder – bekamen Zugang zu sauberem Wasser und Ernährungsschulungen. Zusätzlich wurden Gesundheitszentren rehabilitiert, Fachkräfte gestärkt und Strukturen zur lokalen Selbsthilfe aufgebaut. Das Ergebnis: mehr Resilienz, Ernährungssicherheit und sozialer Zusammenhalt in einer der fragilsten Regionen der Welt.

Ein bewährter Ansatz sind dabei [Kleinspargruppen \(VSLA\)](#), an denen sich auch zeigt, wie über Projekte hinaus langfristige Wirkung erzielt wird: Regierungen in Ländern wie Côte d'Ivoire, Uganda, Nigeria und Bangladesch setzen diesen in Entwicklungsprojekten von CARE entwickelten Ansatz mittlerweile gezielt in ihren nationalen Strategien zur Armutsbekämpfung ein. Von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurde das Modell [VSLA in Emergencies](#) in Ecuador als Best Practice zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Migrant:innen ausgezeichnet.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Anica Heinlein
Leitung Büro Berlin / Co-Abteilungsleiterin Kommunikation und Advocacy
E-Mail: heinlein@care.de
Telefon: +49 (0) 30 76 90 16 97

Carla Dietzel
Gender Advocacy Referentin
E-Mail: dietzel@care.de
Telefon: +49 (0) 170 761 0597

Robin Faißt
Advocacy Referent
E-Mail: faisst@care.de
Telefon: +49 (0) 160 95 428 970

